

ver.di Betriebsgruppe München informiert

Zur Politik nach Berlin und zurück

13.-16. Juni 2007

Von Thomas Sittinger

Berlin ist immer eine Reise wert - ein Zitat das stets Gültigkeit besitzt. Die Zeit der Hinfahrt im Zug wurde bereits benutzt, um sich gegenseitig kennen zu lernen. Schon hier stellte sich heraus, dass die Teilnehmergruppe optimal zusammengesetzt ist und die kommenden Tage sehr harmonisch verlaufen werden.



Nach dem Hoteleinchecken machten wir uns gleich auf den Weg zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas, welches vom US Architekten John Eisenman entworfen wurde. Wichtig und empfehlenswert für den Besucher des Denkmals ist der Eindruck, den er gewinnt beim Gang durch das Stelenfeld. Neben dieser Gesamtdimension des NS-Rassenwahnsinns wird der Besucher noch mit dem individuellen Schicksalen von ermordeten Juden in der dazugehörigen Ausstellung konfrontiert.

Ein interessantes und aufschlussreiches Gespräch mit MdB Klaus Barthel (SPD, Bundeswahlkreis Starnberg) über die Themen Mindestlohn, Privatisierung der Post und Agenda 2010 rundete den ersten offiziellen Berlintag ab. Die Einkehr zum Abendessen erfolgte im Floriansgarten in Berlin-Kreuzberg, in dem bayerisches Biergartenflair zum Markenzeichen gehört.

Der zweite Besuchstag begann mit dem jüdischen Museum Berlin, in welchem auf die jahrtausendelange Geschichte und Tradition des Volkes Israel, dessen Wirken und Leben in der europäischen Kulturgeschichte und die oftmals grausame Verfolgung durch die nichtjüdischen Nachbarn, eingegangen wird. Anschließend wurde dem BMF „aufs Dach gestiegen“! Nach der historischen Führung im Haus des Ministeriums, welches vor dem 2. Weltkrieg das Reichsluftfahrtministerium beherbergte, konnten wir vom Dach aus Berlin bewundern. Nach den schönen Aussichten wurde es wieder ernst und wir diskutierten mit Vertretern des Hauses zu steuerpolitischen Themen wie Umsatzsteuerbetrug, Steuerquote, zentrale Bundesfinanzverwaltung und zur Personalpolitik von Bund und Ländern.



Leider konnte die für den Abend geplante Plenarsitzung des Deutschen Bundestages nicht besucht werden. Stattdessen durften wir nach kurzer Vorstellung des Reichstagsgebäudes von der Kuppel aus wiederum Berlin von oben genießen. Bei einem gemeinsamen Abendessen mit koscheren Spezialitäten im jüdischen Restaurant „Kadima“ (Freiheit) klang der zweite Berlintag aus.

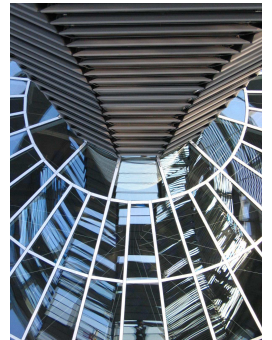


ver.di Betriebsgruppe München informiert



Am dritten Besuchstag fanden sich die Teilnehmer zu einer Stadtführung der besonderen Art im Berliner Arbeiterviertel Neukölln ein. Die kompetente Führerin zeigte ein Berlin, welches der normale Tourist so nicht wahrnimmt. Die alten Gebäude, ihre oft originellen Bewohner mit ihren Eckkneipen und kleinen Läden strahlen noch eine Atmosphäre aus, die man vielleicht in ein paar Jahren nicht mehr findet. Neukölln beherbergt auch eine Ausstellung zur Widerstandskämpferin Olga Benario. Diese kleine Galerie stieß auf reges Interesse bei uns, da diese Gegnerin des NS-Regimes aus München stammte!

Als letzten offiziellen Programmpunkt erwartete uns die ständige Willy-Brandt-Ausstellung im Schöneberger Rathaus. „Um die Freiheit kämpfen - Willy Brandt 1913-1992“ zeigte uns nicht nur den Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger, sondern auch den privaten und vielfach unbekannten Willy Brandt. Die engagierte Dame, die uns durch die Ausstellung begleitet, hat sich als bekennender Willy-Fan „geoutet“ und als Polin



auf die wichtige Rolle Brandts in der deutsch-polnischen Aussöhnung hingewiesen.

Leider, leider ist die Zeit in Berlin viel zu schnell vergangen und die Zeit der Abreise nahte, doch wir haben keineswegs es versäumt, das Nachtleben auszukosten und bei „Berliner Weißen“ zu genießen. Dafür fand man trotz vollem Terminkalender immer noch Zeit! Und herzlichen Dank im Namen aller für die Reiseleiterinnen Angelica Dullinger und Michaela Sauerwein!



ver.di Betriebsgruppe München informiert

Bedrückend - Beschämend - Mahnend

Seminar Reichsfinanzverwaltung und Nationalsozialismus in Herrsching

Von Thomas Sittinger

Den Teilnehmenden am Seminar "Reichsfinanzverwaltung und Nationalsozialismus" vom 04.-06.06.2007 wurde in eindrücklicher Weise vom versierten Dozenten Klaus-Dieter Gössel geschildert, wie der Alltag in der Verwaltung des sog. Dritten Reiches abgelaufen ist. Eine vergleichsweise junge wissenschaftliche Lehre, die insbesondere die Zoll- und Steuerverwaltung untersucht hat, wurde uns nahe gebracht.

Der Ort des Seminars war nicht umsonst die jetzige Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Herrsching: 1935 fand in Herrsching der erste Lehrgang für Zoll und Steuer statt, das Gebäude selbst wurde 1937 nach zweijähriger Bauzeit seiner Bestimmung als Schulungsstätte übergeben. Bis 1943 wurden in der Reichssteuerschule Herrsching ca. 9.000 Steuer- und Zollbeamte ausgebildet. Anschließend diente die Schule bis Kriegsende im Mai 1945 als Lazarett. Ausschlaggebend für die Wahl Herrschings als Reichssteuerschule war der Umstand, dass der Finanzstaatssekretär Max Reinhardt aus Herrsching stammte.

„Erst Deutscher, dann Beamter“ war eines der Schlagworte, welche die Parteiideologie konstruierte und die jedem öffentlich Bediensteten anzeigte wohin der Weg zu gehen ist. Bedingungsloser Gehorsam, Rechtsauslegung und Rechtsanwendung nach nationalsozialistischen Grundsätzen und totale Überwachung der Beschäftigten wie im Dienst sowie auch im Privatleben standen an der Tagesordnung. Schon ein kurzer Blick auf den damaligen Stundenplan der Reichssteuerschule genügt, um zu sehen, wie die Lehrgangsteilnehmer gedrillt und auf Linie gebracht wurden: HJ- und SA-Dienst in der unterrichtsfreien Zeit waren ebenso vorgeschrieben wie die Teilnahme am Steuerlehrgang selbst. Der wichtigste Bestandteil in der Abschlussprüfung war die Kenntnis der NS-Ideologie.



Reichsfluchtsteuer, Judenvermögensabgabe und andere Enteignungsvorschriften waren die Grundlagen mit denen in zynischer Weise insbesondere den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern das Leben schwer gemacht wurde, bevor der Weg in die Deportation und damit in den schrecklichen Tod führte. Dabei stellten wir im Rahmen des Seminars fest, dass es ganz normale Mitmenschen waren, die zu Tätern wurden. Es kam natürlich die eine oder andere bedrückende Frage auf: „Was würde ich machen?“ „Sind wir zu Helden geboren?“ Schwierige Fragen, auf die es oft keine befriedigende Antworten gibt.

Beschämend und nachdenklich wurde es insbesondere, wenn zu hören war, dass führende Verwaltungsleute des Dritten Reiches nach Kriegsende wenig bis gar keine Sühne erfahren, vielmehr ihre Dienstposten zurückerhalten haben und teilweise noch ausgezeichnet wurden. So zum Beispiel der Herrschinger Schulleiter Bussigel, der 1959 mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt wurde!

Ein empfehlenswertes Seminar, das zum Nachdenken anregt und aus dem ich einiges in den heutigen Alltag mitnehmen kann.

ver.di Betriebsgruppe München informiert

Info aus dem Hauptpersonalrat (HPR)

Von Angelica Dullinger, Mitglied des Hauptpersonalrats am Bay. Staatsministerium der Finanzen (FM)

Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)

Vor zehn Jahren erklärte der Chef der Staatskanzlei: in der bayerischen Staatsverwaltung werden 6.500 Stellen bis zum Jahr 2002 abgebaut. Denn: Bayern macht ernst mit dem schlanken Staat. Vom „kranken Staat“ oder „Krankenstand“ war dabei nicht die Rede...

- Das Pensionsalter in der Finanzverwaltung liegt derzeit bei 62,82 Jahren.
- Die große Koalition hat die Dienstzeit inzwischen bis zum Alter von 67 Jahren verlängert.
- Ab dem Jahr 2012 verlassen 400 Beamte bayernweit das Finanzamt - und zwar jährlich!
- Ausgebildet werden 280 Beamte gehobener und mittlerer Dienst für zwei Jahre.

Wenn sich an diesen Zahlen nichts ändert, wird die Lücke in der Personaldecke noch größer! Dazu kommt: mit der längeren Arbeitszeit von 42 Wochenstunden ist die Arbeitsbelastung nicht weniger geworden. Wer krank und arbeitsunfähig ist, bleibt nicht wegen „Schnupfen“ zuhause, sondern es fehlt schon weiter!

Also ist es besonders wichtig, dass jede(r) Beschäftigte nicht nur arbeitsfähig ist, sondern möglichst gesund bleibt oder gesund wird.

Da trifft es sich gut, dass - wenn auch mit 3 Jahren Verspätung - das BEM in den Finanzämtern eingeführt wird. Betroffen ist, wer insgesamt 6 Wochen in einem Jahr - unabhängig vom Kalenderjahr - krank ist.

Seit 18. April 2007 gibt es einen verbindlichen Leitfaden vom FM. Er sieht das als Aufgabe des Dienstherrn vor, bei dem die Personalvertretung tätig werden kann, wenn der oder die Betroffene es wünscht. Ver.di und der HPR haben sich um eine generelle Beteiligung bemüht, was vom FM abgelehnt wurde. Jetzt liegt es an der Dienststelle, also auf örtlicher Ebene, inwieweit und wie gut die Zusammenarbeit mit der Personalvertretung zum Wohle der Betroffenen funktioniert. Wichtig ist vor allem der Zeitpunkt, ab wann wir zur Hilfestellung einbezogen werden.

In besagtem Leitfaden ist vorgesehen, dass

- neu eingesetzte Sachgebietsleiter/innen geschult werden,
- ein Integrationsteam gebildet werden kann (z.B. ein Vertreter/in der Geschäftsstelle, die Schwerbehindertenbeauftragte, ein Mitglied des Personalrats, die Gleichstellungsbeauftragte),
- die Situation analysiert werden soll, um die Ursachen der Fehlzeiten herauszufinden,
- mögliche Maßnahmen gefunden werden sollen, um die Betroffenen zu unterstützen (z.B. der kranke Kollege, die Vertretung).

Für jede einzelne Person soll eine Integrationsvereinbarung getroffen werden. Die Verschwiegenheit aller einbezogenen Personen ist verpflichtend.